

Leben machen und sterben lassen: Die Politik mit der Vulnerabilität

Krisenzeiten sind immer auch Zeiten des Wandels in der Alltagssprache. Was vor Jahren noch der „Rettungsschirm“ oder die „Balkanroute“ waren, sind heute der „Lockdown“ und die „Reproduktionszahl“: Begriffe, die es zuvor nicht gab oder die jedenfalls im allgemeinen Sprachgebrauch so gut wie nicht vorkamen, im Zeichen gesellschaftlicher Krisenkommunikation aber plötzlich in aller Munde sind. Im Falle der Corona-Krise bzw. von „Covid-19“, mittlerweile selbst bereits ins *Oxford English Dictionary* aufgenommen, macht nun mit der verbreiteten Rede von den „Vulnerablen“ ein Begriff die Runde, der tief blicken lässt – und zwar nicht nur in die Abgründe individueller Lebensschicksale, sondern auch und vor allem in jene der aktuellen Gesellschaftspolitik.

STEPHAN LESSENICH

1 „Vulnerabilität“: Eine Politik für das Leben?

„Vulnerabilität“ – zu Deutsch Verletzbarkeit oder Verwundbarkeit – ist ein Begriff, dessen wissenschaftliche Ursprünge in der Forschung zu Naturgefahren und Klimakatastrophen liegen, insbesondere in Studien über Hungersnöte in sogenannten Entwicklungsländern (Bohle et al. 1994; Devereux 2001). Während er im weiteren sozialwissenschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren maßgeblich über den Umweg der Popularität seines Schwesterbegriffs – der „Resilienz“ (Promberger 2017; Graefe 2019) – Verbreitung gefunden hat, fand er mit der Covid-19-Pandemie Eingang auch in die öffentliche Debatte und die politische Sprache. Bereits bei ihrer ersten großen Pressekonferenz zur Sache am 11. März 2020 verwies Bundeskanzlerin Angela Merkel auf „sogenannte vulnerable Gruppen, wie man heute sagt“, denen im Zeichen von Corona besonderer Schutz zukommen müsse.¹ Eine Woche später, in ihrer schon jetzt als historisch geltenden Fernsehansprache, ging sie noch einen Schritt weiter und verallgemeinerte die Vulnerabilitätsdiagnose: „Das ist, was eine Epidemie uns zeigt: wie verwundbar wir alle sind, wie abhängig von dem rücksichtsvollen Verhalten anderer.“² Seither gehört die Rede von den Vulnerablen – oder wahlweise von besonders verwundbaren Gruppen –

zum Grundwortschatz des politischen Krisenmanagements.

Wesentlich auch deswegen hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung die Ansicht durchgesetzt, dass in der Corona-Krise „der Staat den Schutz des Lebens über Wirtschaft und Freiheit gestellt“ (Thumfarth 2020) habe. Diese Deutung war keineswegs um ihre Umsätze fürchtenden Unternehmensführungen oder dem heterogenen Milieu der sogenannten „Hygienesdemonstrant*innen“ vorbehalten. Das Wissen um den Staat als obersten Lebensschützer entwickelte sich vielmehr rasch zum gesellschaftspolitischen *common sense*: Selbst in ansonsten eher staatskritischen Kreisen war nun zu hören, dass Lebensrettung zur maßgeblichen Regierungsrationalität geworden sei – koste es politisch und ökonomisch, was es wolle. Nur vor diesem Hintergrund konnte die kalkuliert-polemische Inter-

1 Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesgesundheitsminister Spahn und RKI-Chef Wieler, Thema: Corona-Virus, 11. 03. 2020, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-bundesgesundheitsminister-spahn-und-rki-chef-wieler-1729940> (letzter Zugriff: 09. 08. 2020).

2 Fernsehansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressemitteilung 100, 18. 03. 2020, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-1732134> (letzter Zugriff: 09. 08. 2020).

vention von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ihre mediale Wirkung entfalten, der darauf hinweisen zu müssen meinte, dass der Wert des Lebens auch im Angesicht der Pandemie nicht absolut gesetzt werden dürfe (Klingst 2020). Doch ganz unabhängig von der sich alsbald Geltung verschaffenden politökonomischen Binsenweisheit, dass keine Regierung einer kapitalistisch verfassten Staatsgesellschaft auf Dauer die Logik der Akkumulation und privatwirtschaftlichen Profitabilität missachten kann: Selbst in den Früh- und Hochzeiten des pandemischen Ausnahmezustands, als das staatspolitische Geschehen durchweg vom exekutivistisch-expertokratischen Schulterschluss dominiert wurde, war es keineswegs pauschal und uneingeschränkt *das* Leben, welches plötzlich zählte und alle anderen Erwägungen ausgestochen hätte.

Vielmehr waren und sind es immer *bestimmte* Leben, deren Schutz und Rettung sich die Regierungen der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften im Zuge ihres Krisenmanagements verschrieben haben. Sie betrieben keine Politik *für das Leben*, ohne Wenn und Aber, ohne Ansicht der Person – sondern immer, und bis heute, eine Politik *mit dem Leben*, die sich durch ihre soziale Selektivität und ihre zumindest implizite Hierarchisierung des Lebenswerten auszeichnet. In Foucault'schen Kategorien der Biopolitik ausgedrückt, entschieden die krisenpolitisch verantwortlichen Akteure letztlich überall und alenthalben im Sinne der Unterscheidung, „was leben soll und was sterben kann“ (Sarasin 2020). Souverän war in der Corona-Krise, wer *über den Verwundbarkeitszustand entscheiden* konnte; und das, so viel steht jedenfalls fest, waren nicht die Verwundbaren selbst.

2 Vulnerabilität als sozialwissenschaftliches Konzept

Schon „vor Corona“ und den mit der Pandemie verbundenen semantischen Konjunkturen kursierte das Konzept der „Vulnerabilität“ bereits auch in der Soziologie, namentlich im Rahmen von integrationstheoretisch fundierten Ansätzen der Sozialstrukturanalyse und Sozialpolitikforschung. Es war der französische Soziologe Robert Castel, der in seiner bahnbrechenden Genealogie der modernen Lohnarbeitsgesellschaft (Castel 2000) mit dem sogenannten Zonenmodell die erstaunliche Strukturähnlichkeit sozialer Ungleichheitskonstellationen über die gesamte Geschichte der gesellschaftlichen Moderne hinweg zu erfassen versuchte. Von einer Zone der Integration, die im 20. Jahrhundert durch die förmliche Anbindung an regulierte Erwerbsarbeit sowie die soziale Einbindung in stabile und belastbare Beziehungsnetze charakterisiert ist, unterscheidet er eine Zone der Entkopplung, in der sich eben diese An- und Einbindungen aufgelöst haben und

die Subjekte gleichsam aus der Sozialstruktur der Arbeitsgesellschaft freigesetzt worden sind.

Zwischen dem gesellschaftlichen Kern und den sozialen Rändern aber existiert eine weitere, dritte Zone³, welcher in der von Castel propagierten dynamischen Perspektive eine kritische Bedeutung für individuelle Lebenswege wie für die Kollektivschicksale ganzer Alterskohorten und Sozialmilieus zukommt: Hier, in dieser *als Zone der Verwundbarkeit bezeichneten Zwischenwelt*, entscheidet sich gewissermaßen, wohin die soziale Reise geht – in das an Stabilitätsressourcen reiche Zentrum des gesellschaftlichen Geschehens oder aber an die von Erwerbs- und Lebenschancen tendenziell ausgeschlossenen Peripherien der Marktgesellschaft. Für Castels zeitdiagnostische These einer „Destabilisierung des Stablen“ (ebd., S. 357), sprich: einer zum Ende des 20. Jahrhunderts einsetzenden und von den Erschütterungen der Zone der Integration ausgehenden „Rückkehr der Unsicherheit“ (vgl. Castel 2005; van Dyk/Lessenich 2008) in die zwischenzeitlich sozialstaatlich gesicherten Lebensverhältnisse der reichen Industriegesellschaften, hat sich freilich der Begriff der „Prekarisierung“ durchgesetzt⁴, mit dem im Sinne Castels nun die neuerlich transformierte soziale Frage im beginnenden 21. Jahrhundert bezeichnet wird (Castel/Dörre 2009).

Gelten in der integrationstheoretischen Wendung des Konzepts mithin bestimmte Positionen in der Sozialstruktur bzw. deren Inhaber*innen – etwa Leiharbeiter*innen, Geringqualifizierte, alleinerziehende Mütter oder Wohnungslose – als vulnerabel, so kommt der Verwundbarkeit als einem der Zentralbegriffe der feministischen Sozialtheorie eine viel grundsätzlichere Bedeutung zu. Insbesondere im Denken der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler wird gegen das liberale Dogma von der individuellen Autonomie die Vulnerabilität *als Grundbedingung jedweden menschlichen Lebens* in Anschlag gebracht. Als Verwundbarkeit wird in dieser Sichtweise nicht etwa die bloße Potenzialität der Versehrung einer ursprünglich als unversehrte gedachten, „eigentlich integren“ Person

3 Als eine weitere, zwischen jenen der Verwundbarkeit und der Entkopplung gelagerte, Zone ließe sich die der Fürsorge ergänzen, in welcher sozialpolitische Interventionen der Exklusionsvermeidung greifen (oder eben auch nicht). Um den Charakter von Vulnerabilität als sozialer Zwischenzone zu betonen, wird an dieser Stelle auf eine solche – auch von Castel selbst nicht systematisch praktizierte – Ausdifferenzierung des Modells verzichtet.

4 Etabliert hat sich der Terminus der „Prekarisierung“ und nicht etwa jener der „Vulnerabilisierung“ des Sozialen. Schon die „Prekarisierung“ ist, als Kunstwort zumal im deutschsprachigen Kontext, fremdklingend und zungenbrecherisch genug; selbst die Soziolog*innen – gewohnheitsmäßig der habituellen Unverständlichkeit bezichtigt – scheinen sich nicht getraut zu haben, die Sprachkomplexität auf die Spitze zu treiben. Im Übrigen stellte Castel selbst im Laufe der Zeit zunehmend auf die Prekaritäts-Begrifflichkeit um.

verstanden, sondern ein allen Menschen zukommendes, sozial konstitutives Charakteristikum (Butler 2006).⁵ Vor dem Hintergrund einer konsequent relationalen Konzeption des Subjekts wird hier die soziale Tatsache, dass jeder Mensch anderen Menschen ausgesetzt und damit im Wortsinne von diesen Anderen berührbar ist, zum Dreh- und Angelpunkt der Überlegungen. Alles menschliche Leben ist auf elementare Weise sozial angewiesen und bedürftig, jede*r ist – ob er oder sie dies will oder nicht – abhängig von der Akzeptanz, Bestätigung und Unterstützung Anderer: “we cannot understand bodily vulnerability outside this conception of its constitutive relations to other humans, living processes, inorganic conditions and vehicles for living” (Butler 2014, S. 103).

Aus diesem Zitat wird die besondere Bedeutung von Butlers Vulnerabilitäts-Verständnis für den hier interessierenden Zusammenhang der Covid-19-Pandemie und ihrer politischen Bearbeitung ersichtlich: Denn es sind nicht nur *die Anderen*, also unsere Mitmenschen, die soziale Umwelt, die unsere unvermeidliche Verwundbarkeit ausmachen – sondern auch *das Andere*, unsere Beziehungen “to the environment and to non-human forms of life, broadly considered” (Butler 2010, S. 19), zu der unüberschaubaren Vielfalt der stofflichen Voraussetzungen menschlichen Lebens; jenes „web of life“ also, mit dem auch unsere gesamte gesellschaftliche Organisations-, Produktions- und Lebensweise verflochten ist (Moore 2015). Dies wiederum lässt nachvollziehbar werden, dass das Corona-Virus nichts dem gesellschaftlichen Leben Äußerliches⁶ ist, kein „exogener Schock“, sondern vielmehr ein inneres Symptom für die herrschende, historisch konkrete, globalkapitalistische Gestalt und Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Gibb et al. 2020; Hürtgen 2020).

Butlers Konzeption von Verwundbarkeit ist aber auch noch in einer zweiten, einleitend bereits angedeuteten Hinsicht anschlussfähig für eine kritische Soziologie des Corona-Krisenmanagements. Denn trotz ihres gewissermaßen universalistischen Verständnisses von Vulnerabilität als *conditio humana* (bzw. eher *conditio socialis*) lässt sie keinen Zweifel aufkommen an der Tatsache der *Ungleichverteilung konkreter Verwundbarkeiten* in unterschiedlichen historischen, kulturellen und sozialen Lebenswelten (vgl. Pistol 2016, S. 243f.). Inner- wie zwischengesellschaftlich, sozial- wie geopolitisch herrscht eine ungleiche Verteilung von Verletzbarkeit und auch – wie Butler den analytischen Faden weiterspinnt – der Betrauerbarkeit beschädigten Lebens (“differential allocation of grievability”; Butler 2006, S. xiv).

Insofern fungiert „Vulnerabilität“ bei Butler auch nicht – wie dies bei Castel durchaus der Fall ist – als unzweideutig emanzipatorischer Begriff in dem Sinne, dass die politische „Bekämpfung“ von Verwundbarkeit ohne Weiteres zu normativ höherwertigen gesellschaftlichen Verhältnissen führen würde. Denn zum einen bedeutete ein bloßes Interventionsprogramm zur „Entverwundba-

rung“ vulnerabler sozialer Positionen letztlich die Negation der sozialen Tatsache unserer existenziellen Angewiesenheit auf die Anderen und das Andere. Und zum anderen steht jede Sozialpolitik des Schutzes der Vulnerablen in der Gefahr, die gesellschaftliche Ungleichverteilung von Verwundbarkeit und Betrauerbarkeit nicht etwa zu beheben, sondern eher noch zu vertiefen und zu reproduzieren. Eben diese Spur gilt es im Weiteren genauer zu verfolgen. Dabei wird sich zeigen, dass die deskriptiv naheliegende Frage, wer denn im Zeichen von Covid-19 eigentlich „die Vulnerablen“ *sind* (The Lancet 2020), letztlich falsch gestellt ist. Viel eher wäre nämlich zu fragen, wer eigentlich unter Bedingungen der Pandemie als vulnerabel markiert, zu Vulnerablen *gemacht* wird (Ahmad et al. 2020). Damit aber sind – nicht nur semantisch – elementare gesellschaftliche *Machtfragen* angesprochen, sprich: die *home domain* der Soziologie.

3 Covid-19: Wer sind die Vulnerablen?

Die politische Bestimmung, wer im Angesicht des Corona-Virus als (besonders) verwundbar zu gelten hat, folgte – wen sollte es wundern – nicht etwa soziologischen Einsichten, sondern epidemiologischen Kriterien. Auch hier setzte Angela Merkels frühe Pressekonferenz den öffentlichen Ton: Als vulnerabel galten seither allen voran „Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen, bei denen diese Viruserkrankung einen schwereren Verlauf nehmen kann.“⁷ Schon rein zahlenmäßig, aber wohl auch aufgrund der nach allgemeinem Dafürhalten äußerlichen Identifizierbarkeit des Personenmerkmals „Alter“ gerieten mithin insbesondere ältere Menschen ins Visier der Vulnerabilitätspolitik.

Dies wiederum ist soziologisch durchaus bemerkenswert, galten die *Alten* doch im politisch-medialen Diskurs bis vor kurzem – und kontraintuitiver Weise – vor allem als eines: als jung nämlich. Die deutsche Demografiepolitik, aber auch die hiesige Altersforschung kannten in den

5 Auch in den Ausführungen Butlers, die sich auf zahlreiche Einzelpublikationen verteilen, werden die Begriffe „Vulnerabilität“ und „Prekarität“ teilweise synonym verwendet. Für eine hervorragende Rekonstruktion von Butlers Konzeption vgl. Pistol 2016.

6 Dass die Konstruktion eines solchen vermeintlichen „Außen“ für unterschiedlichste gesellschaftliche Strukturen und Prozesse konstitutiv ist, stellt die vielleicht bedeutendste Einsicht der Butler’schen Sozialtheorie dar.

7 Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, Bundesgesundheitsminister Spahn und RKI-Chef Wieler, 11.3.2020 (vgl. Fn. 1).

letzten zwei Jahrzehnten kaum ein prominenteres Thema als die „Potenziale des Alters“. Die Figur der „jungen Alten“ (van Dyk/Lessenich 2009), die durchweg gesund und mobil, aktiv und leistungsfähig, kurzum: erstaunlich vital seien und der Gesellschaft daher noch einiges zu bieten hätten, durchzog bis Corona unzählige Expert*innenberichte und Bundestagsdebatten. Sicher: Bei genauerer Betrachtung ist dies eine äußerst seltsam anmutende Homogenisierung einer Lebensphase, die statistisch keineswegs durch geringere Unterschiede in Einkommen und Vermögen, Bildung oder Wohnverhältnissen, aber eben auch in Gesundheit und Lebenserwartung gekennzeichnet ist als die des Erwachsenenalters.⁸ Immerhin aber handelt es sich um eine Homogenisierung im Positiven – die im Kontext eines publizistisch dramatisierten demografischen Wandels freilich dazu angetan war, die faktisch mit äußerst unterschiedlichen Ressourcen ausgestattete Altenpopulation als bislang weitgehend ungenutzte Produktivkraft ins Spiel zu bringen, deren Potenziale tunlichst im Dienste des Gemeinwohls zu heben seien (Denninger et al. 2014).

Und nun sehen wir also die pandemiegetriebene Homogenisierung unter umgekehrtem Vorzeichen, die aus dem klassischen Altersdiskurs eher vertraute Negativstereotypisierung „der Alten“ als vulnerable Gruppe – selbstredend in bester, lebensschützender Absicht. Uplötzlich, tatsächlich von heute auf morgen, wurden aus den *golden agers*, die mit ihren angeblich durchweg großzügigen Rentenansprüchen und ihrer vermeintlich klassenübergreifenden Genussgier nach herrschender Ökonomen- und Medienmeinung die Zukunftsperspektiven der „jungen Generation“ gefährdeten, selbst hochgradig gefährdete Schutzbedürftige, die – so die unwillkürlich vor dem geistigen Auge aufscheinenden Bilder – verschreckt in ihrer Wohnung sitzend auf die Einkaufshilfe ihrer Nachbarn warten und in ihrer Hinfälligkeit nur einen Mundschutz vom so gut wie sicheren, virusbedingten Ableben entfernt sind.

Jenseits der Erkenntnis, dass es den „Gesellschaften des langen Lebens“ offensichtlich so oder so äußerst schwer fällt, ein realistisches und also differenziertes Bild von der Hochaltrigkeit zu gewinnen (Lessenich 2014), stellen sowohl die Vorstellung von einem „produktiven“ als auch jene vom „gefährdeten“ Alter unter gegebenen politökonomischen Bedingungen eine vergiftete Form der Anerkennung dar. Wie für die im öffentlichen Diskurs gern bemühten „sozial Schwachen“, die im Falle ihrer gesellschaftlichen Identifizierung bestenfalls zum Objekt wohlfahrtspolitischer Intervention taugen, nicht aber in den Status von Subjekten der eigenmächtigen Gestaltung ihres Lebens erhoben werden, ist auch für „die Alten“ die Entdeckung ihrer Vulnerabilität ein zweischneidiges Schwert. Denn ehe sie sich versehen, könnten sie als vermeintliche Hochrisikogruppe kollektiv in die soziale Isolation verbannt werden – selbstverständlich nur zu ihrer eigenen Sicherheit. Faktisch aber war es dann in der Corona-Kri-

se mit dem unbedingten Schutz der gefährdeten Hochbetagten keineswegs so weit her, wie die vielstimmige Sorge um ihr Überleben dies suggerieren mochte: Tatsächlich wurde in allen reichen Gesellschaften, denen mit laxerem wie auch jenen mit offiziell strengerem Umgang mit der Ansteckungsgefahr, keineswegs um das Leben jedes Pflegeheimbewohners und jeder Pflegeheimbewohnerin gleichermaßen gekämpft (Stevie-Gridneff et al. 2020).

Warum aber, so muss die eigentliche Frage lauten, überhaupt zuallererst das Alter würdigen, wenn es um die Vulnerabelsten in Zeiten des Virus geht? Was dem medizinischen Laien zunächst als wohlbegründet erscheint, macht ja schon nach kurzem Nachdenken stutzig: Müsstens, wenn es um das abhängige, bedürftige, versehrte Leben geht, nicht eigentlich – und ganz offensichtlich – die *Geflüchteten* in den Lagern an der europäischen Peripherie ganz vorne rangieren auf der sozialpolitischen Prioritätenskala? Jene Menschen also, deren Lebensbedingungen – wie Vieh auf engstem Raum zusammengepfercht, mit unterirdischen Hygienestandards und fehlender Gesundheitsversorgung konfrontiert – das Schreckensbild jeder Virologin, jedes Virologen sein müssten? Jene Menschen, bei denen die hierzulande so gefürchtete „Triage“ (übrigens noch so ein Krisengewinnlerbegriff) schon längst an der Tagesordnung und im Prinzip auch bereits entschieden ist – in dem Sinne nämlich, dass sie im Zweifel medizinisch nicht behandelt und also sterben gelassen werden? Dass diese Menschen in der Verwundbarkeithierarchie, wenn überhaupt, erst unter ferner liefen auftauchten, lässt deutlich werden, dass als erster und oberster Selektionsfilter der Politik mit der Vulnerabilität die Staatsbürger*innenschaft fungiert. In der Pandemie erweist sich die vermeintlich universalistische Inklusionsinstanz der *citizenship* wieder einmal als das, was sie eben auch und im Kern sogar vor allem ist, nämlich ein Instrument der sozialen Exklusion (Bader 1995; Xypolytas 2018).

Nehmen wir das deutsche Corona-Management als Beispiel für den doppelten Standard des staatlichen Gesundheits- und Lebensschutzes: Da organisierte die Bundesregierung zu Beginn der Krise eine spontane Rückholaktion, um rund 200 000 deutsche Tourist*innen so schnell wie möglich aus ihren Urlaubsdestinationen rund um die Welt heim ins Reich des funktionierenden Gesundheitswesens zu geleiten – während es wochenlang bürokratischer Verrenkungen bedurfte, ehe die Bundesrepublik stolz die Aufnahme von 47 unbegleiteten

8 Dieser Befund ist schon deswegen naheliegend, weil es sich bei Menschen im höheren und im Erwachsenenalter in der Lebenslaufperspektive um dieselben, von einer ungleichen sozioökonomischen Chancenverteilung geprägten, Kohorten handelt. In der öffentlichen Debatte dominiert jedoch die querschnittliche, statische Deutung klar voneinander unterschiedener Altersgruppen, in der die „Alten“ dann als diejenigen „Anderen“ gesehen werden können, die mit dem eigenen Leben nichts gemein haben.

Minderjährigen aus der Hygienehölle der griechischen Flüchtlingslager bekanntgeben konnte.⁹ Das Auswärtige Amt sprach reihenweise Reisewarnungen für Länder wie z. B. Pakistan aus, deren Besuch den Bundesbürger*innen gesundheitlich nicht zuzumuten sei – in die freilich zeitgleich bedenkenlos Sammelabschiebungen durchgeführt wurden (von Hardenberg 2020). Nach der Aufhebung der vorübergehenden Grenzsicherungen und der Lockerung der Reisebeschränkungen wurde von der deutschen Öffentlichkeit das nationale Bürger*innenrecht auf touristische Mobilität – „Die Deutschen wollen die Welt erobern“¹⁰ – bekräftigt und zugleich darauf gepocht, dass bei der Wiederaufnahme der Reisetätigkeit „wichtigster Grundsatz [...] der Schutz der Urlauber“, nicht etwa der einheimischen Bevölkerung in den Tourismusregionen, zu sein habe: „Kliniken müssen genügend Kapazitäten vorhalten und im Notfall auch infizierte Touristen versorgen können“ (Temsch 2020).

Und auch in Deutschland selbst wird systematisch mit zweierlei Maß entlang der Staatsbürger*innenschaft gemessen: Die Hygienebedingungen etwa in Geflüchtetenunterkünften, in denen auch schon mal Hilfeleistung unterlassen wird (Anlauf 2020), sind nicht ansatzweise von demselben administrativen Interesse wie z. B. jene in Universitäts Hörsälen, die vorsichtshalber auch im Wintersemester geschlossen bleiben werden. Und bei der erst mit Corona vollzogenen politischen Skandalisierung der Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie stand nicht – sonst wäre dies schon früher geschehen – die Gefährdung von Leib und Leben osteuropäischer Vertragsarbeiter im Vordergrund des öffentlichen Interesses, sondern vielmehr der Schutz der deutschen Volksgesundheit. In der Gesamtschau wird deutlich, dass mit den „Vulnerablen“ des deutschen Diskurses in erster Instanz die verwundbaren Deutschen gemeint sind. Dies wiederum liegt ganz auf der Linie des Deutschen Ethikrates, der in seiner Ad-hoc-Empfehlung „Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise“ vom 27. März 2020 überraschend unbefangen – als sei die soziale Tatsache der Globalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in dem Expertengremium noch nicht angekommen – wissen ließ, dass der ethische Maßstab seiner Erwägungen allein das Wohl „unsere[r]

Gesellschaft“ (und „die Stabilität des Gesellschaftssystems“; Deutscher Ethikrat 2020, S. 2) sei.

Selbst im Rahmen dieser streng nationalpolitischen Perspektive aber werden durchaus eindeutige Hierarchisierungen vorgenommen: Die hierzulande *Marginalisierten* nämlich, Hartz-IV-Empfänger*innenhaushalte, Niedriglohnbeschäftigte oder Menschen in Wohnungsnot, werden vom Deutschen Ethikrat nicht mit einem Wort als Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf erwähnt, wenn er sich Gedanken um „die Solidaritätsressourcen in unserem Lande“ (ebd., S. 5) macht. Freilich ist dies keineswegs ein spezifisch deutsches Phänomen. Kein Staat dieser Welt – wirklich keiner – hat sich das Leben bzw. Überleben der Armen auf die pandemiepolitischen Fahnen geschrieben, überall jedoch sind die Hauptbetroffenen von Krankheit und Tod die Angehörigen jener Sozialmilieus, die über geringe Einkommens- und Bildungsressourcen verfügen, mit schlechten Arbeits- und beengten Wohnverhältnissen konfrontiert sind (Pitzke et al. 2020). Dies gilt, bei allen Unterschieden im Einzelnen, im Grundsatz ganz genauso für die Verhältnisse in den USA und Brasilien wie für die in Berlin oder Göttingen (Stötzel et al. 2020). Überall zeigt sich zudem zuverlässig der auch jenseits von Corona bekannte Benachteiligungsnexus von *class* und *race*: Die Corona-Politik ist durchgängig rassifiziert, Donald Trumps Rede von der „Kung Flu“ und Armin Laschets Projektion der Virusproblematik auf „Rumänen und Bulgaren“ nehmen sich in dieser Hinsicht nichts.¹¹ Und nicht nur in New York City waren es die migrantischen, häufig weiblichen Dienstleistungsarbeiter*innen, die die Stadt am Laufen hielten, während die Einheimischen, die es sich leisten konnten, aufs Land und ans Meer flohen (Hu/Schweber 2020): In London und Paris, Rom oder Madrid gestaltete sich die sozialstrukturelle Verteilung von Freiheit und Zwang kaum anders.

Dies verweist schließlich auf eine weitere Selektivität der Vulnerabilitäts-Diagnosen, die sich in der insgesamt ebenso bemerkenswerten wie merkwürdigen Markierung „systemrelevanter“ Arbeitsmarktsegmente manifestiert. Es waren einige wenige Beschäftigtengruppen im Dienstleistungssektor – Pflegekräfte, Supermarktkassierer*innen, Paketzusteller*innen –, deren in der Regel miserab-

9 Dabei stellte sich später heraus, dass ein Teil von ihnen ohnehin einen rechtlichen Anspruch auf Familienzusammenführung gehabt hätte: „18 der 47 Kinder hätten Verwandte in Deutschland, räumt das Innenministerium ein.“ Vgl. Von der Hoffnung zum Fiasko, Beitrag von Heiner Hoffmann auf tagesschau.de am 05. 05. 2020, <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/fluechtlinge-griechenland-209.html> (letzter Zugriff: 10. 08. 2020).

10 So ließ sich der Präsident des Deutschen Reiseverbandes, Norbert Fiebig, im Interview mit dem Deutschlandfunk vernehmen; „Zeitnah einen sicheren Weg in die Urlaubsreise finden“ (18. 05. 2020), <https://www.deutschlandfunk.de/tourismusbranche-in-der-coronakrise-zeitnah-einen-siche>

ren.694.de.html?dram:article_id=476865 (letzter Zugriff: 15. 07. 2020).

11 Nicht nur der bemerkenswerteste US-Präsident aller Zeiten, sondern auch durchschnittliche bundesdeutsche Ministerpräsidenten bedienen sich wie selbstverständlich der – rassistisch konnotierten – Konstruktion eines sozialen Außen, das die Virusinfektion über die eigene Bevölkerung bringe. Vgl. „Laschet spricht von ‚Rumänen und Bulgaren‘, die das Virus mitgebracht hätten“, Die Welt vom 17. 06. 2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article209780723/Corona-bei-Toennies-Laschet-spricht-von-eingereisten-Rumänen-und-Bulgaren.html> (letzter Zugriff: 10. 08. 2020).

len Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise deshalb zum Thema wurden, weil sie schlagartig als Arbeitnehmer*innen sichtbar wurden, deren körperlich anstrengenden und schlecht entlohnenden Dienste den gesellschaftlichen Laden am Laufen halten. Welche lohnarbeitsbedingten Vulnerabilitäten aber unterhalb dieser Eisbergspitze zu entdecken wären, interessierte letztlich niemanden: Während zwischenzeitlich der Eindruck entstehen konnte, dass ganz Deutschland von den Großraumbüros ins Home Office übersiedelt sei, krächte kein Hahn danach, wer denn wohl in welchen Beschäftigungsverhältnissen z.B. für den offenbar sehnlichst erwarteten Klopapiernachschub sorgte. Die politisch-medial repräsentierte Angestelltenrepublik betrieb pandemiegetriebene Nabelschau – und spendete ihre wohlfeilen Solidaritätsbekundungen für die nach ihrem Dafürhalten „guten Vulnerablen“ nach ganz eigenen, selbstbezüglichen Maßstäben.

4 Epidemische als epistemische Verletzlichkeit

Ist die Corona-Krise nun also zeitlich und örtlich die Arena, in der die Vulnerabilität von Personen und sozialen Positionen eine zuvor undenkbar politische Relevanz erhält und in der das politische Krisenmanagement die Verletzlichsten ins Zentrum des Geschehens und ihrer regulativen Aufmerksamkeit rückt? Ist die Sozialpolitik demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften dank Corona auf dem Wege, sich feministisch zu läutern, denkt sie neuerdings nicht vom Staat, der Nation oder der Medianwähler*in, sondern von den fundamentalen Abhängigkeiten des Menschen als sozial eingebundenem Wesen her?

Wohl kaum. Zum einen ist es keineswegs so, dass im Zuge des Corona-Krisenmanagements die Relevanz des Lebens systematisch jene des „Systems“ übertrumpft hätte. Die drei zentralen Steuerungsressourcen des modernen Interventionsstaates – fiskalische Mittel, administrative Rationalität, Massenloyalität – wurden allesamt und je auf ihre Weise im Sinne der politökonomischen Doppellogik eingesetzt, die den demokratischen Kapitalismus prägt (Offe 1973; Borchert/Lessenich 2016). Jede demokratisch legitimierte und damit immer auch unter *politischem Legitimationsdruck* agierende Regierung verschrieb sich – geradezu zwangsläufig, und sei es auch nur rhetorisch – dem existenziellen Schutz ihrer Bürger*innen; und je überzeugender sie sich diesen gegenüber als Garantin gesellschaftlicher Sicherheitsinteressen darstellen konnte, desto größere krisenvermittelte Reputationsgewinne vermochte sie für sich zu verbuchen. Jede von der Funktionsfähigkeit ihrer Nationalökonomie abhängige und damit unter *politischem Akkumulationsbeförderungszwang* stehende Regierung sah sich aber zugleich und mit derselben Dring-

lichkeit gehalten, durch massive Konjunkturprogramme sowie Hilfsmaßnahmen für einzelne Unternehmen und ganze Branchen die Wirtschaftstätigkeit so effektiv wie möglich zu stabilisieren bzw. wieder anzukurbeln, sprich: als Garantin ökonomischer Profitabilitätsinteressen aufzutreten.

Zum anderen materialisierte sich der mit Corona in die politische Welt gekommene „epidemiologisch begründete Imperativ“ (Deutscher Ethikrat 2020, S.2) lebensschützender Intervention eben – wie hier gezeigt werden sollte – in Form einer Politik nicht für *das* Leben, sondern für *bestimmte* Leben, als eine Politik also *mit* dem Leben, in der die Frage der Anerkennung oder Nicht-Anerkennung der Verletzlichkeit von Sozialgruppen und Subjektpositionen Herrschaftscharakter annimmt: Der sozialpolitische Souverän entscheidet nicht nur material darüber, wer vulnerabel *gemacht wird*, sondern trifft auch die symbolische Entscheidung, wer als vulnerabel *gelten kann*. Auch wenn es, zumal im Sinne der häufig synonymen Verwendung beider Begriffe, tautologisch klingen mag: Vulnerabel *sind* in Zeiten von Corona – bzw. in Zeiten der Regierung der Pandemie in besonderer Weise – die Prekären, diejenigen also, die sich gegen die Verunsicherung und Gefährdung ihrer Existenz nicht zu immunisieren vermögen (Lorey 2011a, b).

Auf diese Problemlage ließe sich, im Sinne der hier referierten sozialwissenschaftlichen Positionen, prinzipiell auf zweierlei Weise reagieren. Eine Politik mit der Vulnerabilität im Geiste Castels und des integrationstheoretischen Ansatzes würde „nach einer egalitären Berücksichtigung und Minimierung von Gefährdetheit sowie der Überführung von Ungleichverteilung von Gefährdungslagen in ein erträgliches Maß“ (Pistol 2016, S.259) verlangen. Sie entspräche einer klassisch-sozialinterventionistischen – man könnte auch sagen: sozialdemokratischen – Anti-Prekarisierungs-Politik mit dem Ziel der Stabilisierung des Instabilen. Eine Politik mit der Vulnerabilität im Geiste Butlers und ihrer Konzeption des grundlegenden Prekäreseins von Leben und Körpern hingegen würde weniger auf *Sozialpolitik* im herkömmlichen Sinne denn auf eine *Wissenspolitik* der Vulnerabilität und damit auf die Selbstorganisation der Verwundbaren setzen. Demnach müsste es – letztlich auch als soziale Voraussetzung jeder sozialpolitischen Anti-Prekarisierungs-Programmatik – darum gehen, „die gängigen Anerkennungsschemata und -praktiken als kontingent auszuweisen [...] und dergestalt letztlich [...] ein *anderes* Gemeinwesen zu fordern [...], in dem die in die Sichtbarkeit Drängenden in ihrer Angewiesenheit auf Andere und Anderes, ihrem Gefährdetsein und ihrer Schutzbedürftigkeit anerkannt sind“ (ebd., S.263; Hervorh. im Orig.).

In der Lesart Butlers bedeutet der sozialpolitische Schutz gegen die Erfahrung der Prekarität, jenseits des unzweifelhaften Gewinns an Lebensqualität und Handlungsmacht für die auf diese Weise sozialpolitisch Bersergestellten, immer auch eine Immunisierung gegen die

unhintergehbare, durch herkömmliche Sozialpolitik nicht aufzuhebende Realität der elementaren Angewiesenheit des Menschen auf Andere und Anderes. So gesehen steht die sozialpolitische Option immer in der Gefahr, über die reale Bedürftigkeit und Gefährdung der vergesellschafteten Individuen hinwegzutäuschen – und somit der „eigentlichen“ sozialen Problemkonstellation nicht gerecht zu werden, ja niemals gerecht werden zu können.

Was aus einer solchen Sichtweise folgt, wird unter Bedingungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften für gewöhnlich reflexartig in das Reich des Utopischen verbannt – es sei abschließend dennoch (oder eher gerade deswegen) erwähnt. Letztlich nämlich ginge es um die soziale Sichtbarkeit jener Positionen und um die öffentliche Vernehmbarkeit jener Stimmen, die heute als vulnerabel gelten und – wie hier allenfalls angedeutet werden konnte – politisch vulnerabel gemacht werden. Eben diese Positionen und Stimmen sind bzw. wären es, die gesellschaftlich gesehen und gehört werden müssten, um sich selbst darüber aufzuklären, dass Vulnerabilität mehr ist und weiter reicht als deren herrschende Definition; dass die quasi-offiziell zu Vulnerablen Erklärten uns scheinbar Gesicherten den Spiegel unserer eigenen Verwundbarkeit vorhalten. Denn die sozioökonomisch Vulnerablen unserer Zeit sind (nicht zufällig) auch diejenigen, die epistemisch verletzlich sind, sprich: deren Wissen und Erfahrungen nicht gefragt sind (Fricker 2007; Schües 2020). In anderen Worten: Das, worauf mit Vulnerabilitätspolitiken aller Art geantwortet wird, entspricht keineswegs dem, was die Betroffenen sagen würden, wenn sie denn gefragt würden.

So, wie die zunehmende Prekarität von Beschäftigungsverhältnissen nicht mit dem Aufstieg eines handlungsfähigen Prekariats einhergegangen ist (Standing 2011; vgl. aber Lorey 2012), so unwahrscheinlich ist es, dass sich das durch die Covid-19-Pandemie konstituierte *Vulnerabilität* zu einem wirkmächtigen politischen Akteur aufschwingen wird. Und dennoch: Die Corona-Krise kann zumindest die herrschende gesellschaftliche Immunisierungsstrategie gegen das soziale Faktum der Vulnerabilität aufbrechen und zur verallgemeinerten Anerkennung der sozialen Tatsache des Angewiesenseins beitragen. Dann würde diese Krise doch noch zu dem, was heute gerne, in nur schwer erträglicher Lebensberatungsemantik und alles andere als sozial transformativer Absicht, als „Chance“ bezeichnet wird: zu einer Gelegenheit, sich des spezifischen Charakters sozialer Verwundbarkeit zu vergewissern. Das aber hieße, sich darüber klar zu werden, dass Vulnerabilität *allgemein und konkret zugleich* ist – dass sie zwar einerseits alle betrifft, andererseits aber keineswegs alle gleichermaßen. ■

LITERATUR

- Ahmad, A. / Chung, R. / Eckenwiler, L. / Ganguli, A. M. / Hunt, M. R. / Richards, R. / Saghai, Y. / Schwartz, L. / Scully, J. L. / Wild, V. (2020): What Does It Mean to be Made Vulnerable in the Era of COVID-19?, in: *The Lancet* 395 (10235), S. 1481–1482, [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)30979-X](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)30979-X)
- Anlauf, T. (2020): Nach Tod von Flüchtling durch Covid-19: Strafanzeige gegen Regierung, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 15.05.2020, <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/coronavirus-muenchen-fluechtling-gestorben-anzeige-1.4909125> (letzter Zugriff: 15.07.2020)
- Bader, V. (1995): Citizenship and Exclusion: Radical Democracy, Community, and Justice. Or, What Is Wrong with Communitarianism, in: *Political Theory* 23 (2), S. 211–246
- Bohle, H. G. / Downing, T. E. / Watts, M. J. (1994): Climate Change and Social Vulnerability: Toward a Sociology and Geography of Food Insecurity, in: *Global Environmental Change* 4 (1), S. 37–48
- Borchert, J. / Lessenich, S. (2016): *Claus Offe and the Critical Theory of the Capitalist State*, New York
- Butler, J. (2006): *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*, London/New York
- Butler, J. (2010): *Frames of War. When Is Life Grievable?*, London/New York
- Butler, J. (2014): Bodily Vulnerability, Coalitions, and Street Politics, in: *Critical Studies* 37 (1), S. 99–119
- Castel, R. (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz
- Castel, R. (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*, Hamburg
- Castel, R. / Dörre, K. (Hrsg.) (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. / New York
- Denninger, T. / van Dyk, S. / Lessenich, S. / Richter, A. (2014): *Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft*, Bielefeld
- Deutscher Ethikrat (2020): *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung*, Berlin
- Devereux, S. (2001): Sen's Entitlement Approach: Critiques and Counter-critiques, in: *Oxford Development Studies* 29 (3), S. 245–263
- van Dyk, S. / Lessenich, S. (2008): Unsichere Zeiten. Die paradoxe „Wiederkehr“ der Unsicherheit, in: *Mittelweg* 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 17 (5), S. 13–45
- van Dyk, S. / Lessenich, S. (Hrsg.) (2009): *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*, Frankfurt a. M. / New York
- Fricker, M. (2007): *Epistemic Injustice. Power and the Ethics of Knowing*, Oxford
- Gibb, R. / Redding, D. W. / Chin, K. Q. / Donnelly, C. A. / Blackburn, T. M. / Newbold, T. / Jones, K. E. (2020): Zoonotic Host Diversity Increases in Human-dominated Ecosystems, in: *Nature* (online 05.08.2020), <https://doi.org/10.1038/s41586-020-2562-8>
- Graefe, S. (2019): *Resilienz im Krisenkapitalismus. Wider das Lob der Anpassungsfähigkeit*, Bielefeld
- von Hardenberg, N. (2020): Deutschland schiebt wieder ab, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 15.07.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/abschiebung-coronavirus-1.4967943> (letzter Zugriff: 16.07.2020)
- Hu, W. / Schweber, N. (2020): When Rich New Yorkers Fled, These Workers Kept the City Running, in: *The New York Times* v. 16.06.2020, <https://www.nytimes.com/2020/06/16/nyregion/mount-hope-bronx-coronavirus-essential-workers.html> (letzter Zugriff: 15.07.2020)
- Hürtgen, S. (2020): Das Virus kommt nicht von außen, in: *Jacobin* (08.08.2020), <https://jacobin.de/artikel/corona-kapitalismus-agrarindustrie> (letzter Zugriff: 10.08.2020)
- Klingst, M. (2020): Meister der unpräzisen Provokation, in: *Zeit Online* (04.05.2020), <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-05/wolfgang-schauble-freiheitseinschraenkungen-menschenwuere-grundrechte-coronavirus> (letzter Zugriff: 09.08.2020)
- The Lancet (2020): Editorial: Redefining Vulnerability in the Era of COVID-19, in: *The Lancet* 395 (10230), S. 1089, [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)30757-1](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)30757-1)
- Lessenich, S. (2014): Einfach nicht totzukriegen. Das Alter in der „alternden Gesellschaft“, in: *Merkur* 68 (780), S. 453–460
- Lorey, I. (2011a): *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Zürich
- Lorey, I. (2011b): *Gouvernementale Prekarisierung*, in: *transversal texts* 01/2011, https://transversal.at/transversal/0811/lore/de#_ftn32 (letzter Zugriff: 11.08.2020)
- Lorey, I. (2012): *Die Regierung der Prekären*, Wien/Berlin

- Moore, J. W.** (2015): *Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital*, London/New York
- Offe, C.** (1973): „Krisen des Krisenmanagement“: Elemente einer politischen Krisentheorie, in: Jänicke, M. (Hrsg.): *Krise und Herrschaft. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*, Opladen, S. 197–223
- Pistrol, F.** (2016): Vulnerabilität. Erläuterungen zu einem Schlüsselbegriff im Denken Judith Butlers, in: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 3 (1), S. 233–272
- Pitzke, M. / Sandberg, B. / Schaap, F. / Schindler, J.** (2020): Das Armutszeugnis, in: *Der Spiegel* Nr. 23/2020, S. 86–91
- Promberger, M.** (2017): *Resilience among Vulnerable Households in Europe: Questions, Concept, Findings and Implications*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Discussion Paper 12/2017, Nürnberg
- Sarasin, P.** (2020): Mit Foucault die Pandemie verstehen?, in: *Geschichte der Gegenwart* (25. 03. 2020), <https://geschichtedergegenwart.ch/mit-foucault-die-pandemie-verstehen> (letzter Zugriff: 09. 08. 2020)
- Schües, C.** (2020): Epistemische Verletzlichkeit und gemachte Unwissenheit, in: *praefaktisch.de – Ein Philosophieblog* (31. 03. 2020), <https://www.praefaktisch.de/nichtwissen/epistemische-verletzlichkeit-und-gemachte-unwissenheit> (letzter Zugriff: 11. 08. 2020)
- Standing, G.** (2011): *The Precariat. The New Dangerous Class*, London
- Stavis-Gridneff, M. / Apuzzo, M. / Pronczuk, M.** (2020): When Covid-19 Hit, Many Elderly Were Left to Die, in: *The New York Times* v. 08. 08. 2020, <https://www.nytimes.com/2020/08/08/world/europe/coronavirus-nursing-homes-elderly.html> (letzter Zugriff: 10. 08. 2020)
- Stötzel, R. / Vogel, W.-D. / Selz, C. / Ling, M. / Weinmann, U. / Mayroth, N. / Kaufmann, S. / Stäuber, P. / Eberhard, O.** (2020): *Prekär, migrantisch, Corona,*

in: *Neues Deutschland* v. 11. 07. 2020, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1139006.corona-und-soziale-folgen-prekaer-migrantisch-corona.html> (letzter Zugriff: 15. 07. 2020)

Temsch, J. (2020): Ein großes Stück Freiheit, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 03. 06. 2020, <https://www.sueddeutsche.de/reise/reisen-corona-grenzen-1.4925526> (letzter Zugriff: 15. 07. 2020)

Thumfart, J. (2020): Was unterscheidet Corona-Opfer von Verkehrstoten?, in: *Der Spiegel* (23. 05. 2020), <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-was-unterscheidet-covid-19-opfer-von-verkehrstoten-a-8ba43594-9001-40a8-bbdb-95923570b32c> (letzter Zugriff: 09. 08. 2020)

Xypolytas, N. (2018): The Refugee Crisis as a Preparation Stage of Future Exclusion: The Effects of the Country of Origin Turmoil and Refugee Management on Work Orientations, in: *International Journal of Sociology and Social Policy* 38 (7–8), S. 637–650

AUTOR

STEPHAN LESSENICH, Prof. Dr., lehrt Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie sozialer Ungleichheit, Theorie des Wohlfahrtsstaats, Kapitalismusanalyse, Gesellschaftstransformation.

@ stephan.lessenich@lmu.de